

Niederschrift Nr. 02/09

über die Sitzung des Bau- und Planungsausschusses am 10.03.2009 um 18.00 Uhr im Peterborough-Zimmer des Forums

Anwesend unter der Leitung
des Ausschussvorsitzenden

Wolfgang Genenger (CDU)

von der Fraktion der CDU die Mitglieder

Anne Bieler
Erhard Braun
Thomas Gütgens
Fritz Meies bis TOP 10
Stephan Sillekens

stellvertretende sachkundige Bürger

Detlef Klanten
Hans-Willi Pergens

sachkundige Einwohner

Alexander Dobbstein
Gert Schmitz bis TOP 9

von der Fraktion der SPD die Mitglieder

Karl-Heinz Gerhards
Alfons Görgemanns bis TOP 10
Frank-Peter Jürgen
Heinz Plöckes

von der Fraktion FürVIE die Mitglieder

Lars Bühler
Olaf Fander

Stellvertreterin

Julia Mülders für Hans-Willi Pertenbreiter

von der Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN
das Mitglied

Peter Breidenbach bis TOP 10

sachkundige Einwohnerin

Gisela Werner

von der Fraktion der F.D.P. das Mitglied

Stefan Feiter

Gäste

Bernd Mende, Fa. Bockermann Fritze,
Ingenieur Consult GmbH

von der Verwaltung

Technischer Beigeordneter Gerd Zenses
Stadtkämmerer Rolf Corsten
Technischer Angestellter Wolfgang Halberkann
(Komm. Fachbereichsleiter)
Städt. Oberverwaltungsrat Michael Gehrmann
Städt. Baudirektor Jenniches
Pressereferent Peter Abrahams
Stadtoberamtsrat Thomas Ricker
Stadtoberinspektorin Andrea Eggerath

Beginn der Sitzung : 18.00 Uhr
Ende der Sitzung : 20.50 Uhr

Tagesordnung:**Öffentliche Sitzung**

1. Bestimmung eines Schriftführers zur Mitunterzeichnung der Sitzungsniederschrift
2. Genehmigung der Niederschrift Nr. 01/09 über die öffentliche Sitzung des Bau- und Planungsausschusses am 10.02.2009
3. Mitteilungen und Anfragen
4. Neueinrichtung einer Straßendatenbank
- Vorlagen Nr. FB 92/I/003/09 -
5. Veränderungssperre Nr. 84 „Landwehrstraße / Matthiasstraße“ in Viersen
- 1. Verlängerung der Veränderungssperre -
- Vorlagen Nr. FB 60/I/012/09 -
6. Entwicklung des Bereiches Melcherstiege
- Vorstellung der Rahmenplanung -
- Vorlage Nr. FB 60/I/009/09 -
7. Städtebauliche Planung Festhallenumfeld;
hier: Gestaltungskonzept zum Ausbau der Dr.-Carl-Schaub-Allee
- Fortsetzung der Beratungen -
- Vorlage Nr. FB 60/I/010/09 -
8. Umnutzung der ehemaligen Bahnstrecke Dülken - Waldniel als Alleenradweg
- Sachstandsbericht der Verwaltung -
- Vorlage Nr. FB 60/III/013/09 -
9. Bau einer Zaunanlage für den Viersener Tennis- und Hockeyclub e. V.
- Vorlage Nr. FB 92/I/002/09 -
10. Pakt für Beschäftigung und Stabilität (Konjunkturpaket II) - Antrag der SPD-Fraktion vom 19.12.2008
- Vorlagen Nr. FB 80/I/006/09 -
11. Verschiedenes

Öffentliche Sitzung

Der Ausschussvorsitzende Genenger (CDU) begrüßt die erschienenen Mitglieder und stellt die form- und fristgerechte Einladung zur heutigen Sitzung fest und weist auf die Erweiterung der Tagesordnung hin.

Neueinrichtung einer Straßendatenbank
- Vorlagen Nr. FB 92/I/003/09 -

und

Veränderungssperre Nr. 84 „Landwehrstraße / Matthiasstraße“ in Viersen
- 1. Verlängerung der Veränderungssperre -
- Vorlagen Nr. FB 60/I/012/09 -

Diese Tagesordnungspunkte werden unter TOP 4 und 5 behandelt. Alle anderen Tagesordnungspunkte verschieben sich entsprechend. Darüber hinaus erklärt er, dass die heute verteilte Tischvorlage "Veränderungsliste zum Haushaltsplanentwurf 2009" unter TOP 10 behandelt wird. Einwände zur Tagesordnung wie vorgeschlagen bestehen nicht.

1. Bestimmung eines Schriftführers zur Mitunterzeichnung der Sitzungsniederschrift

AM Bühler (FürVIE) wird einstimmig als Schriftführer zur Mitunterzeichnung der Sitzungsniederschrift bestimmt.

2. Genehmigung der Niederschrift Nr. 01/09 über die öffentliche Sitzung des Bau- und Planungsausschusses am 10.02.2009

Der Ausschussvorsitzende Genenger (CDU) erklärt, dass die Genehmigung der Niederschrift Nr. 01/09 über die öffentliche Sitzung des Bau- und Planungsausschusses am 10.02.2009 auf die nächste Sitzung verschoben wird.

3. Mitteilungen und Anfragen

Die Verwaltung berichtet über einen Antrag auf Erteilung einer Erlaubnis zur Aufsuchung von Erdwärme zu gewerblichen Zwecken gem. den §§ 6 ff. Bundesberggesetz. Eine solche Erlaubnis gewährt dem Unternehmer gem. § 7 BBergG das Recht, Bodenschätze, hier Erdwärme, aufsuchen zu dürfen. Die Bezirksregierung Arnsberg hat in ihrem Schreiben vom 02.02.2009 die Stadt aufgefordert, eine Stellungnahme bis zum 15.03.2009 abzugeben, ob die Erteilung der Erlaubnis gegen städtische Interessen verstößt. Diese Stellungnahme kann bis zum genannten Termin nicht abgegeben werden, da die Auswirkungen für die Stadt Viersen in so kurzer Zeit nicht ausreichend beurteilt werden können. Die Stadt Viersen hat daher einen Fristverlängerungsantrag gestellt. Das Konzessionsfeld umfasst ca. 357 km². Es umfasst größtenteils das Stadtgebiet Krefeld, jedoch zu einem kleineren Teil auch das Stadtgebiet Viersen. Die Verwaltung gibt auf alle Fälle zu bedenken, dass eine Erlaubnis das ausschließliche Recht beinhaltet, in einem Konzessionsfeld Erdwärme aufzusuchen und zu gewinnen. Lediglich wer zu eigenen Zwecken auf eigenem Grundstück Erdwärme nutzen will (z. B. Eigenheimbesitzer), benötigt keine Konzession und kann dies auch in einem fremden Konzessionsfeld tun. Der zur Stellungnahme vorgelegte Antrag beeinträchtigt möglicherweise in zwei Punkten die Interessen der Stadt Viersen:

- a) Aus dem Arbeitsprogramm ist nicht ersichtlich, dass in der gesamten, extrem großen Fläche eine sinnvolle und planmäßige Aufsuchung und Gewinnung durchgeführt wird (BBergG § 11 Abs. 8). Kleinere Konzessionsflächen, wie anderenorts üblich, erlauben mehr Wettbewerb, so dass dem Antrag wegen der beantragten Flächengröße öffentliche Interessen entgegen stehen (BBergG § 11 Abs. 10, § 16 Abs. 2).
- b) Die Erteilung einer Berechtigung beinhaltet ausschließlich Rechte zur Aufsuchung bzw. Gewinnung über den gesamten Teufenbereich. Dadurch werden Projekte der oberflächennahen Erdwärmennutzung (Heizen, Kühlen) verhindert. Dies steht (auch) auf kommunaler Ebene festgeschriebenen Zielen des Klimaschutzes und der Nutzung erneuerbarer Energien entgegen und beeinträchtigt somit auch diesbezüglich öffentliche Interessen (BBergG § 11 Abs. 10).

Die Verwaltung schlägt vor, den Sachverhalt und mögliche Bedenken mit der Bergbehörde NRW, also der Bezirksregierung Arnsberg, Abteilung 6, kurzfristig, möglichst vor einer formellen Stellungnahme, zu erörtern. Außerdem ist eine Abstimmung mit dem Kreis und benachbarten Gemeinden vorzunehmen. Zur Ausräumung möglicher Beeinträchtigungen öffentlicher Interessen, sollte auf jeden Fall eine Verkleinerung der Erlaubnisfläche gem. § 16 Abs. 2 BBergG geprüft werden und dem Antragsteller gem. § 16 Abs. 3 auferlegt werden, anderen Erdwärmeprojekten die uneingeschränkte Erkundung und Nutzung quartärer und tertiärer Schichtfolgen zu erlauben.

AM Meies (CDU) fragt, wie sich die Stadt Krefeld zu diesem Thema geäußert hat.

Die Verwaltung antwortet, dass diesbezüglich noch keine Kontaktaufnahme erfolgt ist.

AM Meies (CDU) möchte wissen, ob es der Zustimmung durch den Bau- und Planungsausschuss bedarf.

Die Verwaltung verneint dies, betont aber, dass sie eine Unterrichtung des zuständigen Ausschusses bei solch bedeutenden Fragen für wichtig hält.

Der Bau- und Planungsausschuss beauftragt die Verwaltung einstimmig, so zu verfahren wie vorgeschlagen.

4. Neueinrichtung einer Straßendatenbank
- Vorlagen Nr. FB 92/I/003/09 -

Der Ausschussvorsitzende Genenger (CDU) begrüßt Herrn Mende von der Fa. Bockermann Fritze, Ingenieur Consult GmbH.

Herr Mende trägt in kurzen Zügen vor, warum die Einrichtung einer neuen Software zur Erstellung einer neuen Straßendatenbank der bereits vorhandenen Software vorzuziehen ist.

AM Sillekens (CDU) wundert sich zunächst, dass eine Aktualisierung und Ergänzung der vorhandenen Daten nicht in Frage kommt und möchte wissen, mit welchen Folgekosten beim Einsatz der neuen Software zu rechnen ist. Er befürchtet, dass alle 5 Jahre eine erneute Überfliegung des Stadtgebietes notwendig wird.

Herr Mende erläutert, dass die Folgekosten von der Menge der Maßnahmen abhängen. Er gibt außerdem zu bedenken, dass die Daten auch im Rahmen des NKF benötigt werden.

Die Verwaltung räumt ein, dass das Landesvermessungsamt ohnehin alle 5 Jahre Überfliegungen durchführt. Diese Daten könnten dann übernommen und mit den vorhandenen Daten abgeglichen werden. Darüber hinaus können die Dokumentationen der einzelnen Maßnahmen zur Pflege der Daten verwendet werden.

AM Gerhards (SPD) gibt zu bedenken, dass neue Schäden regelmäßig erfasst werden müssen und ist insofern auch an den hierdurch entstehenden Folgekosten interessiert.

Herr Mende erwidert, dass neu entstandene Schäden nicht auf einmal ermittelt werden müssen. Hierfür könnte ein Konzept aufgestellt werden, bei dem jährlich 20 % der Straßen kontrolliert werden, so dass nach 5 Jahren alle Straßen einmal kontrolliert und aktualisiert worden sind.

AM Werner (Bündnis 90/DIE GRÜNEN) erinnert, dass das bestehende Programm vor Jahren extra angeschafft und anschließend aber nicht gepflegt wurde. Sie möchte sicher gehen, dass ein Wechsel wirklich notwendig ist.

Herr Mende erklärt, dass das bestehende Programm tatsächlich nicht über genügend Informationen verfügt. Außerdem hat das neue Programm eine grafische Oberfläche, die mit den bereits vom KRZN eingesetzten Programmen kompatibel ist.

AM Feiter (F.D.P.) bedauert es, dass ein Aufbauprogramm nicht erworben werden kann. Er plädiert dafür, heute nur Kenntnis zu nehmen und bittet ebenfalls um eine Auflistung von Folgekosten und eventuell notwendig werdender zusätzlicher Arbeitsplätze.

AM Görgemanns (SPD) stimmt AM Feiter (F.D.P.) zu.

AM Gütgens (CDU) bemerkt, dass noch viele Fragen offen sind und Klärungsbedarf in den Fraktionen besteht. Er bittet um Vertagung dieses Tagesordnungspunktes in den nächsten Bau- und Planungsausschuss.

AM Bühler (FürVIE) schließt sich diesem Vorschlag an.

Die Verwaltung betont, dass nur wenige Mittel für den Straßenbau zur Verfügung stehen. Umso wichtiger ist es, ein Straßenunterhaltungskonzept zu entwickeln, damit die wenigen Mittel optimal genutzt werden. Grundlage hierfür ist der optimale Eingriffszeitpunkt bei einer Straße. Hierbei müssen Prioritäten gesetzt werden, d. h. eine Rangfolge, gestaffelt nach der Bedeutung einer Straße. Sie spricht sich für den zügigen Einsatz einer neuen Straßendatenbank aus, auf die sowohl die Techniker als auch die Mitarbeiter der Kämmerei zurückgreifen können. Sie schlägt vor, die benötigten Mittel in den Haushalt aufzunehmen und sie mit einem Sperrvermerk zu versehen.

Der Ausschussvorsitzende Genenger (CDU) kann sich diesem Vorschlag nur anschließen und lässt im Folgenden über ihn abstimmen.

Der Bau- und Planungsausschuss nimmt die Vorlage zur Kenntnis und beschließt einstimmig, dem Finanzausschuss zu empfehlen, die für die Neueinrichtung einer Datenbank erforderlichen Mittel im Haushalt 2009 bereitzustellen, sie jedoch mit einem Sperrvermerk zu versehen. So ist zumindest gesichert, dass die notwendigen Mittel im Falle einer positiven Entscheidung zur Verfügung stehen.

5. Veränderungssperre Nr. 84 „Landwehrstraße / Matthiasstraße“ in Viersen
 - 1. Verlängerung der Veränderungssperre -
 - Vorlagen Nr. FB 60/I/012/09 -

Es liegen keine Wortmeldungen vor.

Der Bau- und Planungsausschuss empfiehlt einstimmig:
 Der Rat der Stadt beschließt:

Satzung der Stadt Viersen

über die 1. Verlängerung der Veränderungssperre Nr. 84 „Landwehrstraße / Matthiasstraße“ in Viersen

vom 24.05.2008

Der Rat der Stadt Viersen hat aufgrund der §§ 7 und 41 der Gemeindeordnung für das Land Nordrhein-Westfalen (GO) in der Fassung der Bekanntmachung vom 14.07.1994 (GV. NRW. S. 666/SGV. NRW. S. 2023), zuletzt geändert durch Gesetz vom 24.06.2008 (GV. NRW. S. 514) in Verbindung mit den §§ 14, 16 und 17 des Baugesetzbuches (BauGB) in der Fassung der Bekanntmachung vom 23.09.2004 (BGBl. I S. 2414), zuletzt geändert durch Gesetz vom 22.12.2008 (BGBl. I S. 2986) in seiner Sitzung

am

folgende Satzung beschlossen:

§ 1

Die am 24.05.2009 außer Kraft tretende Veränderungssperre Nr. 84 „Landwehrstraße / Matthiasstraße“ in Viersen – bekanntgemacht im Amtsblatt Nr. 16 des Kreises Viersen vom 23.05.2008 – wird bis zum 24.05.2010 verlängert.

6. Entwicklung des Bereiches Melcherstiege
 - Vorstellung der Rahmenplanung -
 - Vorlage Nr. FB 60/I/009/09 -

AM Bühler (FürVIE) fragt, inwieweit im Bereich Melcherstiege noch mit Altlasten zu rechnen ist.

Die Verwaltung antwortet, dass bereits im Zuge der Aufgabe der ehemaligen Industrienutzung eine Beseitigung von Bodenbelastungen stattgefunden hat. Da diese aus heutiger Sicht nicht gründlich genug durchgeführt wurde, hat die Stadt weitere Gutachten dazu eingeholt. Die vorhandenen Bodenbelastungen stellen aus Sicht der Unteren Bodenschutzbehörde keine akute Gefährdung dar. Ggf. sind im Zuge von baulichen Maßnahmen weitere Untersuchungen erforderlich.

AM Plöckes (SPD) lobt die Verwaltung für die hervorragende Arbeit. Er ist zufrieden, dass die Ideen der Bürger aus den Workshops in der Vorlage mit berücksichtigt und eingearbeitet worden sind.

AM Gütgens (CDU) schließt sich AM Plöckes (SPD) an. Er freut sich auf die Umsetzung dieses Projektes.

AM Feiter (F.D.P.) möchte wissen, warum westlich des Busumsteigeplatzes eine Tiefgarageneinfahrt geplant wurde und welche Geschossigkeit vorgesehen ist.

Die Verwaltung erklärt, dass es sich hierbei um eine Rahmenplanung handelt, bei der mögliche Nutzungen dargestellt werden. Inwiefern diese auch umgesetzt werden, steht noch nicht fest. Für den Fall, dass zusätzliche Stellplätze auf Grund neuer Nutzungen erforderlich würden, könnten diese optional in einer Tiefgarage untergebracht werden.

Der Bau- und Planungsausschuss nimmt die Rahmenplanung Melcherstiege zustimmend zur Kenntnis und beschließt einstimmig, auf dieser Grundlage eine Informationsveranstaltung durchzuführen.

7. Städtebauliche Planung Festhallenumfeld:
hier: Gestaltungskonzept zum Ausbau der Dr.-Carl-Schaub-Allee
 - Fortsetzung der Beratungen -
 - Vorlage Nr. FB 60/I/010/09 -

Die Verwaltung erläutert kurz die Vorlage.

AM Bieler (CDU) spricht sich für die Variante A aus, da ihrer Meinung nach ein Mindestausbaustandard gewahrt werden sollte, um eine Nutzung der Altersstruktur zukünftiger Anwohner entsprechend zu erhalten.

AM Görgemanns (SPD) schließt sich seiner Vorrednerin an, obwohl er es bedauert, dass nicht die Maximallösung umgesetzt werden wird.

AM Bühler (FürVIE) schließt sich ebenfalls seinen Vorrednern an.

Der Bau- und Planungsausschuss nimmt das Planungskonzept zur Gestaltung der Dr.-Carl-Schaub-Allee zustimmend zur Kenntnis und beschließt einstimmig, - vorbehaltlich der Bereitstellung der Mittel - die für die Realisierung notwendigen Ingenieurleistungen an ein externes Ingenieurbüro auf der Grundlage der Variante A zu beauftragen.

8. Umnutzung der ehemaligen Bahnstrecke Dülken - Waldniel als Alleenradweg
 - Sachstandsbericht der Verwaltung -
 - Vorlage Nr. FB 60/III/013/09 -

Die Verwaltung berichtet, dass es zu keiner Zusammenarbeit mit der Gemeinde Schwalmthal kommen wird, darüber hinaus soll aber die Kreisradwanderoute auf Kreisebene vervollständigt werden. Sie erklärt, dass noch Gespräche mit der Bahnflächenentwicklungsgesellschaft (BEG) bezüglich einer Bezuschussung geführt werden müssen.

AM Gütgens (CDU) spricht sich für den Ausbau des Alleenradwegenetzes aus. Er erhofft sich nicht nur Vorteile für den Tourismus, sondern auch für die Viersener Bürger. Darüber hinaus ist er dafür, den Dülkener Bahnhof mit in das Konzept einzubeziehen.

AM Plöckes (SPD) ist ebenfalls für den Ausbau des Alleenradwegenetzes. Er findet es schade, dass die Strecke an der Friedhofsallee aufhört und keine direkte Anbindung geboten wird. Darüber hinaus wünscht er sich eine Ergänzung der vorhandenen Begrünung und eine schnellstmögliche Realisierung des Projekts. Er spricht sich darüber hinaus für den Abriss der Brücke im Bereich Venloer Straße/Bruchweg aus, da diese einen großen Gefahrenpunkt darstellt.

AM Breidenbach (Bündnis 90/DIE GRÜNEN) spricht sich für die Realisierung des Radwegenetzes aus und plädiert für die Erhaltung der gesamten Trasse. Er fragt, ob es noch alternative Ideen gibt, den Bahnhof mit einzubeziehen.

Die Verwaltung führt aus, dass es erklärtes Ziel ist, die gesamte Strecke auszubauen und vorhandene Lücken zu schließen. Hingegen ist nicht geplant, die Brücke im Bereich Venloer Straße/Bruchweg abzureißen, da eine neue Brücke gebaut werden müsste, um den Radfahrern ein Überqueren der Venloer Straße zu ermöglichen. Die Kosten hierfür wären zu hoch.

AM Bühler (FürVIE) spricht sich für das Projekt aus und erinnert, dass auch das gesamte Radwegenetz in der Stadt Viersen nicht aus den Augen gelassen werden darf. Er hofft, dass sich der Ausbau des Alleenradwegenetzes auch positiv auf Dülken auswirken wird.

AM Plöckes (SPD) betont, dass er mit der Behandlung des "Brücken-Problems" nicht einverstanden ist und daher dem Beschlussentwurf nicht zustimmen wird.

Der Bau- und Planungsausschuss nimmt die Ausführungen und Empfehlungen der Verwaltung zum Konzept der Bahnradroute des Kreises Viersen und zum Alleenradweg auf der stillgelegten Bahnstrecke Dülken - Waldniel (SPD) zur Kenntnis und beschließt gegen eine Stimme:

Die Verwaltung wird beauftragt:

1. einen Förderantrag für die Anlage eines Alleenradweges auf der Bahnstrecke Dülken - Waldniel zu stellen und die erforderlichen Haushaltsmittel zur Finanzierung des städtischen Eigenanteils für die Herrichtung des Trassenabschnitts als Radweg im Rahmen der Etatberatungen in Höhe von 200.000,- € für das Jahr 2010 einzuplanen.
2. die Kosten für die Erstellung einer Ausbauplanung eines Bahntrassenradweges Dülken - Waldniel auf Grundlage differenzierter Untersuchungen zu konkretisieren und dem Ausschuss zur weiteren Beratung vorzulegen.

9. Bau einer Zaunanlage für den Viersener Tennis- und Hockeyclub e. V.
- Vorlage Nr. FB 92/I/002/09 -

AM Bühler (FürVIE) erkundigt sich nach dem Umfang der Maßnahme, nach der Auswahl des Materials und dem Auftraggeber.

Die Verwaltung antwortet, dass der Umfang sich auf die Erbpachtfläche bezieht. Sie führt aus, dass der Zaun im vorderen Bereich erhalten bleibt und im hinteren Teil auf 350 m Länge als Stabgitterelement erstellt wird. Auftraggeber ist die Stadt, die anschließende Pflege und Verkehrssicherungspflicht obliegt jedoch dem Viersener Tennis- und Hockeyclub e. V.

AM Feiter (F.D.P.) ist verwundert und fragt, ob beim Abschluss des Erbpachtvertrages versäumt wurde, eine Verpflichtung zur Errichtung eines Zaunes mit in den Vertrag aufzunehmen.

Die Verwaltung verneint dies und erklärt, dass sich die Investitionskosten für eine Zaunanlage angesichts der zukünftig eingesparten Pflegekosten i. H. v. jährlich 7.000 € in 7 Jahren amortisiert haben werden.

AM Bühler (FürVIE) bringt zum Ausdruck, dass er sich mit der Vorgehensweise nicht einverstanden erklären kann und bemängelt, dass die betroffenen Anlieger unzureichend informiert wurden. Er bemerkt, dass hier ein Weg entzogen wird, der mit viel Geld hergerichtet wurde. Er berichtet, dass die Bürger hierüber verärgert sind, da sie den Weg nicht mehr nutzen können. Er betont, dass er sich vor Abschluss des Erbpachtvertrages eine Information im Bau- und Planungsausschuss gewünscht hätte.

AM Görgemanns (SPD) schließt sich seinem Vorredner grundsätzlich an, räumt aber ein, dass die Errichtung des Zauns grundsätzlich richtig ist, daher wird er der Vorlage zustimmen.

AM Bühler (FürVIE) erklärt, dass auch er der Vorlage zustimmen wird, da die Errichtung des Zaunes unterm Strich die richtige Entscheidung für die Bürger ist.

AM Meies (CDU) gibt zu bedenken, dass es sich hierbei um ein Pilotprojekt handelt, das besonders unter dem Aspekt der Präventionsarbeit Lob verdient.

Die Verwaltung entschuldigt sich für die mangelhafte Informationspolitik und fügt hinzu, dass der Sportausschuss informiert war. Darüber hinaus berichtet sie, dass es eine Informationsveranstaltung durch den Verein gegeben hat, wobei sie davon ausgegangen war, dass hieran auch betroffene Bürger/-innen teilgenommen haben. Daher hatte sie nicht mehr die Notwendigkeit gesehen, dieses Projekt auch im Bau- und Planungsausschuss zu präsentieren. Hinzukommt, dass dieser Antrag sehr kurzfristig eingegangen ist und die Zeit drängte, damit die Planzahlen noch in die Haushaltsplanberatungen einfließen konnten.

Der Bau- und Planungsausschuss beschließt einstimmig den Bau der Zaunanlage für den Hockeyplatz Plenzenbusch. Die erforderlichen Baukosten in Höhe von 48.500 € werden in die Veränderungsliste aufgenommen.

10. Pakt für Beschäftigung und Stabilität (Konjunkturpaket II) - Antrag der SPD-Fraktion vom 19.12.2008
- Vorlagen Nr. FB 80/I/006/09 -

AM Bühler (FürVIE) bittet, die Anträge separat zu behandeln. Wenn das nicht geht, möchte er sie zurückziehen.

Der Ausschussvorsitzende Genenger (CDU) schlägt vor, die Anträge zurückzuziehen und sie an den Finanzausschuss zu verweisen.

AM Bühler (FürVIE) zieht die Anträge zurück.

Die Verwaltung trägt kurz die Inhalte der Vorlage vor. Sie betont, dass die in der Vorschlagliste aufgeführten Maßnahmen zur energetischen Sanierung an Schulen, das geringste Risiko für den Förderantrag stellen. Sie führt aus, dass von den 8,3 Mio. € Gesamtvolumen 5 Mio. € über das Land und 3,3 Mio. € aus Eigenmitteln finanziert werden. Die Eigenmittel sollen in 2010 über Kredite finanziert werden, da energetische Maßnahmen grundsätzlich aktivierungsfähig sind.

AM Meies (CDU) fragt, wie energetische Maßnahmen an Schulen umgesetzt werden können. Seiner Meinung nach kommen für Baumaßnahmen nur Schulferien in Frage, um den Schulbetrieb nicht zu beeinträchtigen. Er fragt, ob das kleine Zeitfenster für Viersener Handwerksfirmen ein Problem darstellt.

AM Jürgens (SPD) pflichtet AM Meies (CDU) bei.

AM Bieler (CDU) stimmt ihren Vorrednern zu und fragt, ob untersucht worden ist, inwiefern auf der Gesamtschule (Standort Lindenstraße) eine Solaranlage installiert werden kann.

Die Verwaltung erwidert, dass eine solche Überprüfung noch stattfinden muss. Es soll abgewartet werden, bis die Handlungskriterien des Innenministeriums vorliegen. Darüber hinaus erklärt sie, dass das Gebäudemanagement mit Hochdruck arbeitet, um Ausschreibungsunterlagen zusammenzustellen, eine Zeitschiene zu erstellen und Gespräche mit Firmen zu führen.

AM Werner (Bündnis 90/DIE GRÜNEN) möchte wissen, ob im Falle einer Nutzungsänderung Fördermittel zurückzuzahlen sind.

Die Verwaltung erwidert, dass diese Frage noch geklärt werden muss.

AM Sillekens (CDU) fragt, ob mehr Planungssicherheit notwendig ist, bevor im Finanzausschuss hierüber entschieden wird. Er gibt zu bedenken, dass der Bau- und Planungsausschuss nur empfehlen kann.

Die Verwaltung bejaht dies und ergänzt, dass darüber hinaus auch ein Ratsbeschluss notwendig ist.

AM Feiter (F.D.P.) möchte wissen, ob diese Maßnahmen zusätzlich sind und ob dafür keine anderen Maßnahmen zurückgestellt werden müssen.

Die Verwaltung verneint dies.

AM Gerhards (SPD) betont, dass immer noch viele Fragen offen stehen. Dennoch sollte heute den 10 Maßnahmen zugestimmt werden.

Der Ausschussvorsitzende Genenger (CDU) lässt nun über die Vorlage "Pakt für Beschäftigung und Stabilität (Konjunkturpaket II)" und die Tischvorlage getrennt abstimmen.

Der Ausschussvorsitzende Genenger (CDU) weist auf die Ergänzung des Beschlussentwurfes der Vorlage "Pakt für Beschäftigung und Stabilität (Konjunkturpaket II)" hin.

Der Bau- und Planungsausschuss beschließt einstimmig:

1. Der Durchführung der in der Anlage 1 aufgeführten Investitionsmaßnahmen mit einem voraussichtlichen Kostenvolumen von insgesamt 8.078.798 Euro in den Jahren 2009 bis 2010 wird zugestimmt.
2. Die Anträge bzw. Schreiben unter Ziffer 3.10 werden, wie im Sachverhalt dargestellt, beschlossen.
3. Die Verwaltung wird beauftragt, für die in der Anlage 7 aufgeführten Maßnahmen zum Investitionspakt 2009 entsprechende Zuschussanträge zu stellen. Die hierfür erforderlichen Haushaltsmittel sollen in den Etatentwurf 2009 aufgenommen werden.

Tischvorlage:

Die Bereitstellung der Kosten für eine neue Straßendatenbank werden mit einem Sperrvermerk versehen. Der Ansatz für die Baumaßnahme Dr. Carl-Schaub-Allee (Ifd. Nr.8) wird um 150.000 € reduziert.

Der, wie oben beschrieben, geänderten Tischvorlage wird bei einer Gegenstimme (F.D.P.) zugestimmt.

11. Verschiedenes

- a) AM Bühler (FürVIE) fragt, wann mit der Bürgerbeteiligung zum Thema "Ehemaliges Gaswerk Süchteln" zu rechnen ist.

Die Verwaltung antwortet, das die Bürgerbeteiligung im Laufe des Aprils 2009 stattfinden wird. Darüber hinaus werden die entsprechenden Dateien ins Internet gestellt.

- b) AM Bühler (FürVIE) fragt, ob trotz des Wegfalls des Weges am Sportplatz Plenzenbusch (siehe TOP 9) weiterhin eine Möglichkeit geschaffen werden kann, dort entlang zu gehen.

Die Verwaltung antwortet, dass noch eine Möglichkeit besteht und geprüft werden muss, ob noch etwas ausgebaut werden muss

Da keine weiteren Wortmeldungen vorliegen, schließt der Ausschussvorsitzende Genenger (CDU) die Sitzung.

gez. Genenger
Ausschussvorsitzender

gez. Bühler
Schriftführer